

LSVA: «Üble Parteitaktik des VU-Präsidiums»

Interview mit dem FBPL-Abgeordneten Johannes Matt zur LSVA-Volksabstimmung

In rund drei Wochen findet in Liechtenstein die Volksabstimmung zur LSVA statt. Der FBPL-Abgeordnete Johannes Matt setzt sich im nachfolgenden Interview für ein Ja zu dieser Abgabe ein. Er kritisiert jedoch heftig die Machenschaften des VU-Präsidiums.

Mit Johannes Matt sprach Alexander Batliner

VOLKSBLATT: Herr Matt, Sie haben sich im Landtag für die Einführung der LSVA ausgesprochen. Worin sehen Sie die Notwendigkeit, dass Liechtenstein diese Abgabe einführt, obwohl wir sie finanziell nicht nötig hätten?

Für meine Zustimmung zur LSVA ist das künftige Verhältnis zur Schweiz ausschlaggebend.

Johannes Matt: Wie Sie sagen, führen wir die LSVA nicht ein, weil wir auf diese Gebühreneinnahme angewiesen wären. Für meine Zustimmung zur LSVA ist das künftige Verhältnis zur Schweiz ausschlaggebend. Das Verhältnis zur Schweiz, mit der wir nach wie vor einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und ein Zollgebiet bilden, ist in den letzten Jahren



Johannes Matt: «Unser Wirtschaftsminister hat es unterlassen, die betroffenen Gewerbe- und Wirtschaftsverbände einzubinden. Wenn selbstherrlich über die Köpfe der Betroffenen hinweg solche Lösungen vereinbart werden, muss man sich nicht wundern, wenn sich Widerstand bildet. (Bilder: bak)

schlechtert, wenn Liechtenstein in demokratischer Volksabstimmung Nein zur LSVA sagen würde?

Ich kann das nicht mit Gewissenheit sagen. Eine Ablehnung der LSVA wäre aber ein weiterer Mosaikstein in der Abwendung von der Schweiz. Im Wirtschaftsverbund mit der Schweiz sind wir der kleinere und schwächere Partner. In ge-

Welches sind denn die weiteren Mosaiksteine der Abwendung von der Schweiz?

Ich will hier nicht mehr die diversen Privatisierungsabenteuer, die immer noch nicht befriedigend gelöst sind, mit der LSVA in Verbindung bringen. Aber heute wissen wir, dass andere Wege gemeinsam mit der Schweiz uns manches erspart hätten. Die Problematik der LSVA hat nichts mit Privatisierung zu tun, sie ist am ehesten vergleichbar mit der Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer haben wir eingeführt, weil die Schweiz diese Steuerumstellung vorgenommen hat. Die LSVA ist im gewissen Sinne auch eine Steuer.

Das Referendumskomitee gegen die LSVA einerseits und die Regierung andererseits machen unterschiedliche Aussagen. Das Komitee behauptet, dass nicht nur an den Grenzen, sondern auch innerhalb der Schweiz Kontrollen für Schweizer LKWs erhoben werden. Hierfür würden unbemannte Kontrollstationen im Landesinnern aufgestellt. Die Regierung sagt, dass es bemannte Kontrollstationen brauche. Das Referendumskomitee verneint dies wiederum. Wie stellen Sie sich zu diesen unterschiedlichen Aussagen?

In Zukunft sollten derartige parteipolitische und parteitaktische Manöver nicht mehr gespielt werden können.

Wer da Recht hat, ist für mich nicht von Belang. Was mir einfach auffällt und mich stutzig macht, ist das Verwirrspiel, das hier stattfindet. Die VU-Regierung spricht sich für die Einführung der LSVA aus.

Gleichzeitig wird VU-Vizepräsident zum Präsidenten des Referendumskomitees bestellt. Es sieht so aus, als ob die VU, komme es wie es wolle, bei den Siegern (egal ob Ja oder Nein) gut vertreten sein will. Hier wird auf dem Rücken aller Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner ein unrühmli-

ben, das Referendum zu ergreifen?

Ich möchte nicht so weit gehen, das zu behaupten. Ich glaube eher, dass die VU kein Interesse hatte, das Referendum zu ergreifen. Aber es sind auch in der Frage der LSVA einmal mehr gravierende Fehler passiert. Unser Wirtschaftsminister

wenn sich Widerstand bildet. Dass die VU hingegen ihren Vizepräsidenten und stellvertretenden Fraktionssprecher an die Spitze des Referendumskomitees stellt, ist mehr als ein Schönheitsfehler, es ist üble Parteitaktik. Im Interesse Liechtensteins hoffe ich, dass das Referendum zur LSVA abgelehnt wird. Gleichzeitig hoffe ich, dass das Spiel der VU durchschaut wird. In Zukunft sollten derartige parteipolitische und parteitaktische Manöver mit solcher Tragweite nicht mehr gespielt werden können.

Die Regierung glaubt, mit einem Nein zur LSVA die Glaubwürdigkeit in der Verkehrspolitik zu verlieren. Hierzu verweist sie auf den Letzetunnel. Sehen Sie einen verkehrspolitischen Zusammenhang?

Es sieht so aus, als ob die VU, komme es wie es wolle, bei den Siegern gut vertreten sein will.

Wenn das Stimmvolk zur LSVA Nein sagt, bedeutet dies, dass wir den Transitverkehr von dieser Abgabe befreien. Da sehe ich einen verkehrspolitischen Zusammenhang. Damit signalisieren wir gegenüber unseren Nachbarn, dass wir keine Verkehrsproblematik haben. Schön, wenn es so wäre. Im Vordergrund steht jedoch, dass wir die LSVA einführen, weil die Schweiz sie einführt. Es wird aufgrund der LSVA-Abgabe kein Lastwagen weniger durch unser Land fahren, davon können wir ausgehen. Ein Nein wäre sicherlich ein falsches Signal gegenüber Österreich. Die liechtensteinische Verhandlungsposition würde dadurch geschwächt werden. Jenes Verhandlungsgeschick, das diesen Nachteil wettmachen könnte, ist unsererseits wahrscheinlich nicht vorhanden. Da muss man der Regierung leider Recht geben. Auch aus diesem Grund ist ein Ja zur LSVA notwendig.

Volksabstimmung
 22. / 24.
 September

ches Spiel getrieben. Für mich steht das Verhältnis zur Schweiz im Vordergrund. Ich möchte, dass Liechtenstein bei der LSVA einen gemeinsamen Weg mit der Schweiz geht.

Sie kritisieren das Verhalten der Regierungspartei. Wieso soll die VU ein Interesse ha-

hat in Bern verhandelt und es unterlassen, die betroffenen Gewerbe- und Wirtschaftsverbände - konkret die Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) - einzubinden. Wenn selbstherrlich über die Köpfe der Betroffenen hinweg solche Lösungen vereinbart werden, muss man sich nicht wundern,

RIKLAME

Vermögen bilden

BZ

Aktien sparen lohnt

Seit 1.1.1995	insgesamt	pro Jahr
Pharma Vision	+ 181%	+ 20%
BK Vision	+ 262%	+ 26%
Stillhalter Vision	+ 184%	+ 20%

Rufen Sie uns an: 0800 87 66 66

BZ Bank



Johannes Matt: «Für mich steht das Verhältnis zur Schweiz im Vordergrund»

bereits genug strapaziert worden. Ich möchte unter keinen Umständen, dass dieses Verhältnis zusätzlich belastet oder gar getrübt wird.

In der Schweiz geniesst die direkte Demokratie einen hohen Stellenwert. Glauben Sie wirklich, dass sich das Verhältnis zur Schweiz ver-

wissem Sinne sind wir von der Schweiz abhängig, was man umgekehrt von der Schweiz nicht sagen kann. Wenn wir eine Zollunion mit der Schweiz bilden, so müssen wir auch bereit sein, gewisse Zugeständnisse zu machen und auch Gemeinsamkeit zu demonstrieren. Zumal dies uns ja überhaupt nicht schadet.